

Haushaltsrede am 15.12.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung!

Letzte Woche Sonntag auf dem Hüttenzauber. Ein Ratskollege spricht mich an: „Und? Wie fühlst du dich wieder in normaler Kleidung? Das wäre doch was: Der Bürgermeister kommt in die Ratssitzung im gleichen Outfit wie bei der Eröffnung am Freitagabend auf dem Weihnachtsmarkt. Alle Aufmerksamkeit wäre dir sicher und das ginge durch alle Gazetten!“

Nun muss ich diesen Ratskollegen und alle anderen hier enttäuschen. Der Bürgermeister ist nicht als Weihnachtsmann verkleidet in die Ratssitzung gekommen. Und er und die Kämmerin sind auch nicht mit einem großen Sack voller Geschenke und noch weniger mit einem großen Sack voller Geld gekommen. Im Gegenteil!

Die finanziellen Rahmenbedingungen werden im nächsten Jahr für alle Kommunen und auch für Hückeswagen schwieriger denn je. Unterm Strich weist der Haushaltsplanentwurf für 2024 ein Defizit von mehr als 7 Mio Euro aus. Woran liegt das? Wirtschaften wir schlecht mit dem Geld?

Schauen wir zunächst einmal auf die **Einnahmenseite**:

Die **Gewerbesteuereinnahmen** sind so hoch wie nie. Derzeit gehen wir von rd. 11,5 Mio Euro für 2023 aus. Dieses Allzeithoch zeigt zum einen wie richtig und gut es war, dass wir in den letzten 20 Jahren auf den neu erschlossenen Gewerbeflächen in West 2 und West 3 zahlreiche unterschiedliche Unternehmen aus Produktion, Handel und Handwerk angesiedelt haben. Es zeigt auch, dass unsere Firmen sich gut am Markt behaupten. Wenn ich mit Hückeswagener Unternehmern spreche, dann höre ich nach wie vor von vollen Auftragsbüchern und zusätzlichem Personalbedarf. Angesichts dieser positiven Entwicklung haben wir auch einen entsprechenden hohen Ansatz für das nächste Jahr gewählt. Die Kehrseite ist allerdings, dass hohe Gewerbesteuereinnahmen auch zu niedrigeren Schlüsselzuweisungen in den Folgejahren führen.

Auch die Einnahmen aus der **Grundsteuer B** sind für das kommende Jahr deutlich höher veranschlagt. Dies liegt in erster Linie an der über unser Haushaltssicherungskonzept eingepreisten Erhöhung auf 795 Punkte beim Steuersatz. Damit tragen alle gemeinsam zur Finanzierung unseres kommunalen Haushaltes bei: die Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern, die Unternehmen für ihre gewerblichen Liegenschaften aber auch die Mieterinnen und Mieter.

Als wir vor neun Jahren ins Haushaltssicherungskonzept eingestiegen sind waren wir uns alle einig, dass ein Grundsteuerhebesatz von 795 % zu hoch ist und so bald wie möglich wieder runter muss. Dafür müssten aber insgesamt die Rahmenbedingungen für die Kommunen besser sein. Für 2025, das Jahr der Umsetzung der Grundsteuerreform, haben wir keine höheren Einnahmen aus der Grundsteuer eingeplant. Aber ich fürchte, dass wir in den Jahren danach nicht um weitere Erhöhungen herumkommen. Zumindest haben wir solche in der mittelfristigen Finanzplanung mit vorsehen müssen. Ob und in welcher Höhe der Grundsteuerhebesatz dann tatsächlich angehoben wird, müssen wir nicht jetzt entscheiden. Aber mir war es wichtig, an dieser Stelle keine falschen Hoffnungen auf baldige Senkungen zu wecken.

Anders als bei unseren eigenen Steuern sinken im nächsten Jahr die Einnahmen aus den Anteilen an **der Einkommens- und Umsatzsteuer**. So geben es uns die vom Land vorgegebenen Orientierungsdaten vor. Eine Ursache sind hierbei die vom Bund beschlossenen Steuererleichterungen, die nicht nur auf der staatlichen Ebene, sondern auch bei uns zu Mindereinnahmen führen.

Schauen wir auf die **Ausgabenseite**: Auch die Schloss-Stadt Hückeswagen spürt natürlich die zusätzlichen finanziellen Belastungen wie

- Steigende Sachkosten durch hohe Energiepreise und sonstige Inflation,
- steigende Zinsen
- steigende Personalkosten durch hohe Tarifabschlüsse und notwendige Stellenausweitungen

Im letzten Jahr sind wir noch davon ausgegangen, dass wir auch in 2024 die sog. **Bilanzierungshilfe** für corona- bzw. ukrainekriegsbedingte Mehrkosten anwenden können. Das ist nun definitiv nicht mehr so. So wirklich traurig sind wir wohl alle nicht darüber, denn letztlich war es doch nur ein Pflasterchen auf einer weiterhin entzündete Wunde. Finanzielle Ausfälle wurden kaschiert und die Probleme in die Zukunft verschoben.

Dem macht das Land NRW nun ein Ende – und bietet uns zeitgleich ein neues Pflasterchen an: Um die Kommunen handlungsfähig zu halten, sollen die Gesetze zur kommunalen Haushaltswirtschaft angepasst werden. Die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wird deutlich aufgeweicht. Nach außen sieht dann weiterhin alles gut aus – aber ohne echtes Geld hilft das den Kommunen überhaupt nicht.

Darum werden wir nicht müde darin, für unsere Kommunen eine **finanzielle Mindestausstattung** zu fordern, die sich letztlich aus Artikel 28 des Grundgesetzes ergibt. Zuletzt haben wir im Herbst eine von rund 360 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unterzeichnete Petition an den Ministerpräsidenten übergeben, um unsere Forderungen zu unterstreichen. Bund und Land sollen uns nicht ständig mit neuen Aufgaben betrauen, ohne auch die finanziellen Mittel sicherzustellen. Und wir halten es für unbedingt notwendig, uns einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen zu geben.

Ehrlicherweise muss ich zugeben, dass ich keine große Hoffnung habe, dass sich hier entscheidend etwas tun wird. **Bund und Länder** stehen selbst unter erheblichem finanziellem Druck. Die großen finanziellen Probleme auf Bundesebene, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sehr deutlich geworden sind, werden vermutlich eher das Gegenteil dessen bewirken, was wir uns erhoffen. Ich gehe daher auch auf lange Sicht nicht davon aus, dass Bund und Land wirklich helfen werden, die finanziellen Probleme der Kommunen zu lösen.

Und was bedeutet das nun für uns? Vielleicht geht es Ihnen genauso wie mir: Manchmal bin ich ratlos, welches nun der richtige Weg ist. **Was sollen wir angesichts dieser Misere tun?** Es hat ja doch alles keinen Zweck, wir können unsere Bücher zu machen und lassen alle Gedanken über eine sinnvolle Entwicklung sein und beenden unsere Projekte? - Oder: Es ist doch alles egal. Wir machen einfach unverändert weiter und hoffen darauf, dass irgendjemand in der Zukunft unsere Probleme löst?

Ich glaube, beides ist falsch: Weder ein blindes „Weiter so!“ noch ein „Es hat ja doch alles keinen Zweck!“ sind der richtige Weg. Als Stadtrat und als Stadtverwaltung haben wir gemeinsam eine große Verantwortung, die Weichen richtig zu stellen. Eine **Verantwortung**, die weit über die aktuelle Legislaturperiode hinausgeht. Zum einen dürfen wir die stark eingeschränkten finanziellen Rahmenbedingungen nicht außer Acht lassen. Wir dürfen die Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in unserer Stadt als Steuerzahler nicht überstrapazieren. Jetzt nicht – und auch nicht in den kommenden Jahren!

Aber zum anderen sollten wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Hückeswagen auch in Zukunft gut aufzustellen. Wir müssen hier immer wieder um den richtigen Weg streiten. Einfache Antworten gibt es nicht – auch wenn sich dies manche wünschen. Wir können uns nicht mehr alles leisten und müssen daher die **richtigen Prioritäten** setzen.

Ich möchte nachfolgend drei Bereiche nennen, die aus meiner Sicht besonders wichtig sind:

Bildung

Als ein Punkt oberster Priorität sehe ich Investitionen in die **Bildung** unserer Kinder und Jugendlichen an. Dazu gehören unterschiedliche Maßnahmen.

Als erstes will ich an dieser Stelle ein Projekt nennen, welches die meisten vermutlich einer anderen Kategorie zuordnen würden. Ich spreche von unserem **Hallenbad**. Ja, bei dem neuen Hallenbad geht es für mich in erster Linie um gute Bildung und damit um eine pflichtige Aufgabe, eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Unsere Kinder und Jugendlichen müssen schwimmen lernen können – und zwar nicht irgendwo sondern in Reichweite unserer Schulen. Deshalb ist die Entscheidung zum Neubau eines Hallenbades im Brunsbachtal richtig. Das sage ich auch dann, wenn mich manche meiner Bürgermeisterkollegen ungläubig anschauen, wenn ich in Zeiten wie diesen von einem Schwimmbadneubau spreche. Aber natürlich müssen wir zugleich die große finanzielle Belastung aus dem Schwimmbadbetrieb mit betrachten. Diese Belastung kommt ja erst nach dem Bau, muss aber von den Hückeswagenern in den nächsten Jahrzehnten gemeinsam getragen werden. Deshalb müssen wir uns auf das beschränken, was für diese Pflichtaufgabe notwendig ist. -

Im Haushaltsplanentwurf ist das neue Bad wie Sie wissen gar nicht enthalten, weil wir es über den Eigenbetrieb projektieren. Aber wir haben eingepreist, dass von den Überschüssen der BEW nichts mehr in unseren Haushalt fließen wird.

Zum Bereich der Bildung gehören natürlich unsere **Schulen**. Hier ist in erster Linie die **Erweiterung der Grundschule in Wiehagen** zu nennen. Auch wenn wir mit den Vorüberlegungen zum Umfang noch nicht fertig sind, sprechen wir hier über einen zweistelligen Millionenbetrag. Wir müssen angesichts gestiegener Schülerzahlen die Schule zum einen auf eine Dreizügigkeit erweitern. Im Hinblick auf den ab 2026 stufenweise eingeführten Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung müssen wir auch den OGS-Bereich deutlich ausweiten. Der Rechtsanspruch kommt; aber frei nach dem Motto „Der eine bestellt und ein anderer bezahlt“ bekommen wir weder durch den Bund ausreichende Finanzmittel noch werden durch das Land die Rahmenbedingungen eindeutig festgelegt.

Schon lange reden wir über den Schulsport in Wiehagen und wollen daher in Verbindung mit der Erweiterung auch eine **Einfeldsporthalle** errichten. Das ist gut für die Schulkinder in Wiehagen, aber wird auch für zusätzliche Möglichkeiten für unsere Sportvereine sorgen.

Auch unsere **Erich-Kästner-Schule** müssen wir insbesondere im Hinblick auf die Ganztagsbetreuung erweitern. Die notwendigen Mittel hierfür sind eingeplant.

Wenn ich hier von zwei größeren Bauprojekten an den Schulen spreche, dann ist das ja nur die eine Seite der Medaille **Ganztagsbetreuung bzw. OGS**. Viel wichtiger noch als die räumlichen Gegebenheiten sind die Menschen, die sich darum kümmern. Seit eineinhalb Jahren haben wir einen neuen Träger beauftragt und konnten damit die Qualität des Angebotes erhöhen. In diesem Jahr wurden zusätzliche Gruppen eingerichtet – und das wird auch in den kommenden Jahren so weitergehen. Die Ganztagsbetreuung schlägt finanziell deutlich zu Buche, ob nun durch direkten Mitteleinsatz oder über die gestiegene Jugendamtsumlage. Aber ich glaube, es ist sehr gut investiertes Geld.

Weiterhin eingeplant sind die **Sanierungen** der in die Jahre gekommenen Gebäude unserer **Montanusschule und der Realschule**. Mit der Turnhalle an der Weststraße haben wir begonnen. Die nachfolgenden Sanierungen der Hauptschul- und Realschulgebäude stellen nicht nur eine finanziell hohe Belastung dar, sondern sind auch personell für uns eine sehr große Herausforderung.

Nur stichwortartig nenne ich an dieser Stelle die **Digitalisierung in allen Schulen**. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, aber unsere Kinder müssen zunehmend lernen, wie man mit technischen Geräten im Alltag lernen und umgehen kann. Wir haben bereits viel in diesem Bereich erreicht und können uns damit auch im interkommunalen Vergleich sehr gut sehen lassen. Allerdings bleibt dies eine

Daueraufgabe und wir müssen in kurzen Intervallen reinvestieren, was gerade im Bereich digitaler Medien auf der Hand liegt. Wir brauchen hierfür neue Finanzierungsmodelle, bei denen vor allem das Land gefordert ist, durch verlässliche Förderung seinen Anteil zu tragen. Aber vielleicht werden dabei auch die Eltern je nach Leistungsfähigkeit einen Teil übernehmen müssen.

Sicherheit

Als zweiten großen Bereich nenne ich die Sicherheit. Ein sicheres Umfeld ist für ein gedeihliches Zusammenleben unabdingbar. Unser Land spürt gerade sehr deutlich, wie wichtig die Themen der äußeren Sicherheit sind. Deutschland muss sich hier deutlich mehr anstrengen und viel Geld in die äußere Sicherheit stecken.

Bei der inneren Sicherheit sind wir als Kommunen gefragt. Ich denke dabei an die **Notfallvorsorge**, in deren Rahmen wir z.B. in Notstromaggregate und Einrichtung von Notfallinfopunkte investiert haben.

Besonders lieb und teuer ist uns aber unsere **Feuerwehr**. Eine gut funktionierende freiwillige Feuerwehr ist nicht nur Garant für Hilfe, wenn es brennt. Auch bei vielen anderen Notfällen wie 2021 beim Jahrhunderthochwasser, wie bei schweren Verkehrsunfällen oder starken Stürmen, sind die Frauen und Männer aus unseren Einheiten Tag und Nacht einsatzbereit. **Wir alle sind sehr dankbar für dieses großartige Engagement!**

Unsere Wehrleute bringen sich selbst ein! Unsere Aufgabe ist es, für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen: gute Technik wie die neue Drehleiter, die wir bestellt haben, und natürlich funktionsfähige **Feuerwehrgebäude**. Einen großen Schritt voran machen wir mit dem neuen Hauptgebäude im Brunsbachtal. Wenn alles nach Plan läuft können im ersten Quartal 2025 nicht nur der Löschzug Stadt, sondern auch die Kinder- und Jugendfeuerwehr einziehen.

In den folgenden Jahren sind weitere Investitionen geplant. Für die **Einheiten in Straßweg und in Holte** brauchen wir neue Gebäude an neuen optimaleren Standorten. Die derzeitige Überlegung ist, diese Investitionen über unsere Entwicklungsgesellschaft umzusetzen. Wann genau das sein wird, werden wir sehen. Eine Umsetzung wird dann möglich sein, wenn die personellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Innenstadtentwicklung

Ein wichtiger Bereich ist für mich die **Entwicklung und Stärkung unserer Innenstadt**. Unsere historische Altstadt, unsere Hauptgeschäftsbereiche – das sind die Bereiche, die Hückeswagen zu einem wesentlichen Teil ausmachen. Sie machen unsere Stadt einzigartig!

Es gibt Leute, die sind der Meinung, es sei doch gar nicht so wichtig. Die Straßen und Plätze, die Häuser, das Schloss – das alles sei doch noch halbwegs in Ordnung und das Geld könne man sich besser sparen.

Das sehe ich ganz anders. Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, damit unser Kern, unser Zentrum nicht an Attraktivität verliert. Leerstehende Ladenlokale und verfallende Häuser dürfen uns nicht egal sein, auch in Zeiten knapper Kassen nicht. Was wir gemeinsam in mühevoller Arbeit mit unserem **ISEK** erarbeitet haben, das werden wir nun auch umsetzen. Dazu gehören die Aufwertung von Bahnhofsplatz, Wilhelmsplatz und Bahnhofstraße. Dazu gehören viele Maßnahmen an privaten Gebäuden. Dazu gehören die Umnutzung und Öffnung des Schlosses.

Bei allen Projekten geht es nur vordergründig um Pflastersteine oder Mauerwerk – es geht in erster Linie darum, unsere Innenstadt als Ort der Begegnung für die Menschen unserer Stadt zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Das alles kostet viel Geld. Ich bin sehr froh, dass Bund und Land uns über die Städtebauförderung an dieser Stelle erheblich unterstützen. Für den Bahnhofplatz liegt die Bewilligung vor und wir können jetzt Bauaufträge erteilen. Vor wenigen Tagen haben wir auch eine weitere finanzielle Zusage erhalten, so dass wir das so wichtige Programm bei der Neuvermietung von leerstehenden Ladenlokalen fortsetzen können. Ich hoffe sehr, dass die in Aussicht gestellte Förderung auch bei den weiteren Projekten greift. Alleine könnten wir das nicht stemmen.

Ich komme zum Schluss:

Ich habe drei große Bereiche genannt, die höchste Priorität haben sollten: Investitionen in die Bildung, Investitionen in die Sicherheit und die Maßnahmen in unserer Innenstadt. Auch **andere Maßnahmen** sind selbstverständlich wichtig und dürfen nicht vernachlässigt werden. Stichworte sind z.B. der **Klimaschutz** mit der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept oder einem Mobilitätskonzept und der Einstieg in die kommunale Wärmeplanung. Auch die Unterbringung und vor allem die Integration von **geflüchteten Menschen** wird uns weiterhin viel abverlangen. Zu nennen wäre also noch vieles andere mehr, was in unserem Haushaltsplanentwurf seinen Niederschlag gefunden hat.

Es gibt viel zu tun. Viele Bälle, die wir in der Luft halten müssen – und das bei engen finanziellen und personellen Grenzen. Wir können nicht aus dem Vollen schöpfen. Woher nehmen wir dann die **Zuversicht**, die uns gestellten Aufgaben auch bewältigen zu können?

Der Rheinländer im Allgemeinen und der Kölner im Speziellen ist der Meinung „Et hätt noch emmer jot jejangen...“. Das ist mir zu wenig. Aber Zuversicht können wir daraus schöpfen, dass wir den Weg in eine unsicherere Zukunft **nicht alleine** gehen. Das war bisher so und wird uns auch in Zukunft tragen. Bei allen unterschiedlichen Meinungen und bei allen notwendigen Diskussionen über den richtigen Weg kommt es darauf an, die getroffenen Entscheidungen dann auch zielgerichtet und vor allem Hand in Hand umzusetzen. Das sollte uns auch in nächsten Jahren gut gelingen.

Ich möchte an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung und ganz besonders Isabel Bever und dem gesamten Kämmergeiteam für das Zusammentragen der Zahlen und Informationen danken!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!